

„Die Chance eines Autohofs ergreifen“

„Gespräch im neuen Jahr“ der SPD in Zetel – Politiker äußern sich zu Wirtschaft, Bildung und Energie

Zetel. Zahlreichen Fragen rund um Wirtschaft, Bildung, Energie und Umwelt stellten sich kürzlich die Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Gespräch im neuen Jahr“ in Zetel. Die drei SPD-Ortsvereine Bockhorn, Neuenburg und Zetel hatten bei ihrer traditionellen Veranstaltung zum Jahresbeginn den Blick vor allem auf die Kommunalwahl am 11. September gerichtet und zusammen mit dem Kreisverband Friesland drei hochrangige Parteimitglieder aufs Podium gebracht.

Knapp zwei Stunden diskutierten der SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Olaf Lies, Landrat Sven Ambrosy sowie Bernd Pauluschke, Gemeinderatsvorsitzender in Zetel, im „Wehdehof“ über regionale Themen. Aus gesundheitlichen Gründen musste die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Evers-Meyer ihre Teilnahme absagen. Moderiert wurde der Abend wie in den Vorjahren von Michael Diers von Radio Jade. Die musikalische Gestaltung übernahmen Lise Brauer aus Varel am Klavier und Friederike Kirch aus Hude am Cello.

Thema war an diesem Abend unter anderem der Bau des Autohofs in Ellens/Blauhand. „So eine Chance wie den Autohof muss man ergreifen“, betonte Bernd Pauluschke. So sei die Situation in der Gemeinde Zetel paradox: Zum einen gelte sie als beispielhaft und solide mit einem ausgeglichenen Haushalt. Allerdings sei Zetel auch eine steuerschwache Gemein-



Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende aus Zetel Eckhard Lammers (r.) begrüßte zu Beginn die Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Olaf Lies, Moderator Michael Diers, Sven Ambrosy und Bernd Pauluschke.

Foto: Jutta Fink

de. „Darum müssen wir nach jedem Strohalm greifen, um hier Arbeitsplätze zu schaffen und so Wertschöpfung zu realisieren“, so der Gemeinderatsvorsitzende weiter.

Über 1.000 Arbeitsplätze durch Jade-Weser-Port

Von einem Erfolg des Jade-Weser-Ports geht SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies aus: „Es werden weit mehr als 1.000 Arbeitsplätze geschaffen, die auch von Personen besetzt werden, die schon über längere Zeit arbeitslos sind“, hob der Landtagsabgeordnete hervor. Die Häfen in Bremen und Hamburg sollen allerdings nicht als Konkurrenten angesehen werden, denn nur durch eine gute Zusammenar-

beit könne man das vorhandene Potenzial des Hafens ausschöpfen. „Wir müssen jetzt bereits anfangen für eine Erweiterung des Hafens zu planen“, forderte Olaf Lies weiter. Schließlich sei er davon überzeugt, dass sich der Hafen gut aufstellen wird.

Auch bezüglich der Einrichtung einer zweiten „Integrierten Gesamtschule“ (IGS) in Friesland waren sich die Teilnehmer einig, dass diese unumgänglich sei. Ein möglicher Standort könnte dabei Zetel sein. „Die Hürden zur Umsetzung sind hoch. Aber in Schortens haben wir gesehen, dass diese auch zu nehmen sind“, sagte Landrat Sven Ambrosy. „Für mich ist die Frage, ob wir eine zweite IGS brauchen, nach 120 Absagen an

Schüler in Schortens, beantwortet. Schließlich darf es nicht vom Glück abhängig sein, ob ein Kind zu einer Gesamtschule gehen kann, wenn die Eltern dies wünschen“, betonte Olaf Lies.

„Nicht den internationalen Vorsprung verlieren“

Im Verlauf der Diskussion forderte Bernd Pauluschke mehr Wettbewerb im Energiesektor. Allerdings sei er nicht an einer Zerschlagung der EWE interessiert. Schließlich ist der Landkreis Friesland mit 10 Prozent an dem Unternehmen beteiligt. Olaf Lies hob weiterhin hervor, dass „in einem Land wie Deutschland, das Perspektiven hat, der Atomausstieg durchgesetzt werden sollte“. Weiterhin befürchtete er, dass der internationale Vorsprung in der Windenergiebranche durch den Nicht-Ausstieg verloren geht. „Wir machen den Innovationsmotor kaputt und das ist das Schlimmste, was passieren kann“, so der SPD-Abgeordnete.

In der Zusammenlegung von Kommunen sieht Landrat Sven Ambrosy keine dauerhafte Lösung: „Zwei Nackte ergeben noch lange keinen Angezogenen. Wenn die finanzielle Situation nicht gelöst wird, dann kann man zusammenlegen was man will und das eigentliche Problem bleibt trotzdem erhalten“, erklärte er. Bernd Pauluschke fügte hinzu, dass entscheidend sei, ob sich durch eine Zusammenlegung die Situation der Bürger verbessere – und nicht allein der Blick auf die finanzielle Lage. (js)